

01) Schweden: Liberale Parteichefin fordert Ausschluß Ungarns und Polens aus der EU

20. 08. 2021



Nyamko Sabuni · Bildquelle: Remix

Die Vorsitzende der schwedischen Liberalen Partei hat gefordert, dass Ungarn und Polen wegen sogenannter Rechtsstaatlichkeit und LGBT-Themen aus der Europäischen Union ausgeschlossen werden sollten

Nyamko Sabuni, der Vorsitzende der schwedischen Liberalen Partei, fordert, dass Ungarn und Polen wegen der sogenannten Rechtsstaatlichkeit und LGBT-Fragen aus der Europäischen Union ausgeschlossen werden.

In einem Meinungsartikel, der von der liberalen Zeitung *Expressen* veröffentlicht wurde, forderte Sabuni die Europäische Union auf, einen „wirksamen Mechanismus“ zu beschließen, der es der Union ermöglichen würde, „schnell und energisch“ gegen Länder wie Ungarn und Polen vorzugehen, die ihrer Meinung nach „die Rechtsstaatlichkeit demontieren und die Rechte von LGBTQ einschränken“.

„Die europäische Zusammenarbeit basiert auf einer Reihe von liberalen Werten“, schrieb Sabuni. „Dazu gehören die Freizügigkeit, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit. Wenn Sie sich nicht zu diesen Werten bekennen können, dann haben Sie mit Europa nichts zu tun. Sie haben sich selbst bestraft.“

Der liberale Führer beschimpfte die Regierungen Ungarns und Polens als „autoritär“ und „repressiv“ und behauptete, dass Ungarn in seiner heutigen Form nicht die für einen Beitritt zur Europäischen Union erforderlichen Standards erfüllen würde.

„Es ist leicht zu erkennen, dass das heutige Ungarn niemals als Mitglied der Europäischen Union zugelassen worden wäre“, schrieb Sabuni.

EU-Finanzierung für Ungarn und Polen in Gefahr?

Im weiteren Verlauf des Artikels fordert Sabuni die Europäische Union auf, einen Sondergipfel einzuberufen, um zu erörtern, wie mit den beiden mitteleuropäischen Ländern „umgegangen werden soll“.

„Eines der wichtigsten Themen auf dem EU-Gipfel wird die Ausarbeitung neuer, strengerer Regeln sein, wie Länder freiwillig aus der Union austreten und notfalls zum Ausschluss gezwungen werden können“, sagte sie.

Sabuni forderte die Europäische Union außerdem auf, die Mittel für Ungarn zu kürzen: „Die Zuschüsse für Ungarn aus dem EU-Haushalt und dem Konjunkturprogramm müssen so schnell wie möglich gekürzt werden. Der Erhalt von EU-Geldern sollte niemals mit Anti-LGBTQ-Gesetzen oder anderen Menschenrechtsverletzungen kombiniert werden.“

Sabunis Kriegsruf kommt, nachdem der niederländische Premierminister Mark Rutte im Juni behauptet hatte, Ungarn habe „in der EU nichts zu suchen“, weil das Land ein Gesetz gegen Pädophilie verabschiedet hat, das unter anderem Pädagogen verbietet, Material mit Gender- oder LGBTQ-Ideologie an Jugendliche unter 18 Jahren zu verteilen.

„Wir können ihnen jedoch nicht sagen, sie sollen gehen. Wir müssen Schritt für Schritt vorgehen und hoffen, dass sie sich anpassen werden“, sagte Rutte. „Das langfristige Ziel ist es, Ungarn in dieser Frage in die Knie zu zwingen.“

Inmitten scharfer Kritik von Linken aus der ganzen Europäischen Union sagte Ministerpräsident Viktor Orbán: „Das kürzlich verabschiedete ungarische Gesetz schützt die Rechte der Kinder, garantiert die Rechte der Eltern und gilt nicht für die Rechte von Personen über 18 Jahren im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung, enthält also keine diskriminierenden Elemente.“

„Die schulische Erziehung darf nicht im Widerspruch zum Willen der Eltern stehen, sie darf höchstens ergänzend sein, ihre Form und ihr Inhalt müssen klar definiert sein und sie muss der Zustimmung der Eltern unterliegen“, fügte Orbán hinzu.

Die ungarische Justizministerin Judit Varga kritisierte die Äußerungen Ruttés und schrieb auf Twitter, dass dies nur eine weitere Episode der „politischen Erpressungsserie“ der EU sei.

Varga wandte sich auch auf Facebook gegen die Worte des niederländischen Ministerpräsidenten und sagte, seine Kritik habe einen „alten und arroganten Kolonisatorenton“.

„Ungarn wurde in einem noch nie dagewesenen Ausmaß angegriffen, nur weil der Schutz von Kindern und Familien unsere Priorität ist und wir deshalb nicht bereit sind, [die] LGBTQ-Lobby in unsere Schulen und Kindergärten zu lassen“, sagte Varga.

Quelle: [Remix](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER